

Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

Eigener Bericht.

Berlin, 26. Oktober.

Stabsarzt Dr. Christian schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß zur Begünstigung der Kinderaufzucht neben einer Stärkung des ländlichen Wohnungs- und Siedlungswesens ein System wirtschaftlicher Hilfen für kinderreiche Familien nötig ist, das zugleich durch Benachteiligung rassistisch minderwertiger Elemente die Güte des Nachwuchses fördert. Die Erziehung der Bevölkerung von Jugend auf zu dem Ideal der persönlichen und völkischen Kraft kann das Gesamtwerk erst vollenden. — In der

Aussprache

sprach als Vertreter der Medizinalabteilung des preussischen Ministeriums des Innern Geheimrat Dr. Krohne: Die Regierung hat die Frage des Geburtenrückganges seit Jahren geprüft und bereits 1912 einen Erlaß der beteiligten preussischen Ministerien ergehen lassen, der über Umfang und Ursachen des Geburtenrückganges Erhebungen anordnete. Dieser Erlaß hat erst die ganze Frage in Fluß gebracht. Das gesamte Material sowie die zahlreichen Veröffentlichungen über dieses Thema wurden gesichtet und eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet, auf Grund deren Vertreter sämtlicher Staatsministerien in Beratungen über die zu ergreifenden Maßnahmen eingetreten sind. Zu diesen Beratungen sollen auch Sachverständige und Männer des öffentlichen Lebens herangezogen werden. Die preussische Staatsregierung ist sich der Bedeutung des Geburtenrückganges besonders in Anbetracht der schmerzlichen Verluste an Hunderttausenden blühender Menschenleben voll bewußt. Es wird alles sorgfältig geprüft und nichts versäumt werden, sobald es möglich ist, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierung rechnet dabei auf die weitgehende Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten und als eines der wertvollsten Ergebnisse wird es ihr erscheinen, wenn der Krieg die trüben Erscheinungen wegschwemmt, die auch zum Geburtenrückgang beigetragen haben. Dann wird auch die staatliche Arbeit den Erfolg haben, dem wir alle mit heißem Herzen zustreben: die Macht und Wohlfahrt unseres Vaterlandes!

Fräulein Dr. Agnes Blum-Berlin: Die moderne Frauenbewegung hat den Neumatthuseanismus immer abgelehnt. Wie oft hört man von Frauen, daß sie gern Tag und Nacht für das zu erwartende Kind arbeiten würden, aber daß sie sich fürchten, es ihrem Manne zu sagen, der ihnen schon bei der letzten Schwangerschaft nur Vorwürfe gemacht habe. (Hört! hört!) Wie ist es übrigens möglich, daß in einem Volke, welches innerhalb eines Jahres 25 Milliarden Mark aufgebracht hat, Hunderttausende von Müttern auf die Arbeit gehen müssen? Das ist keine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, denn für die meisten dieser Frauen liegt nur der Zwang vor, Geld verdienen zu müssen. (Zustimmung.) — Frau Henriette Fürth-Frankfurt a. M.: Ohne die anderen Momente leugnen zu wollen, spielt doch der wirtschaftliche Moment die Hauptrolle. Man darf hier keinen Unterschied zwischen Stadt und Land machen. In Bogelsberg, einer durchaus ländlichen Gegend, ist die Geburtenzahl sehr niedrig, während sie in Rheinland-Westfalen sehr hoch ist. Nach wie vor ist für die Kinderzahl die Möglichkeit, eine Familie auch zu ernähren, ausschlaggebend. Darum müssen Maßnahmen auf wirtschafts-politischem Gebiet ergriffen werden. Die Reichswochenhilfe sollte zu einer dauernden Einrichtung gemacht, auch den unehelichen Kindern in vollstem Maße zugutekommen und in ihren Leistungen noch erhöht werden. Falsch wäre es, sich überhaupt gegen die Berufsarbeit der Frau wenden zu wollen. Im Gegenteil, es muß nur dafür gesorgt werden, daß die im Berufsleben stehenden Frauen zur Ehe gelangen können, zumal sehr viele heimkehrende Krieger nicht mehr voll erwerbsfähig sein werden. — Dr. Michaelis Harnisch-Wien schildert die Wiener Verhältnisse und bedauerte, daß die österreichische Regierung sich allen Vorstellungen in dieser wichtigen Frage gegenüber apathisch verhalten habe. Wenn es der Wille eines Volkes ist, einen Rückgang in der Geburtenzahl eintreten zu lassen, so muß die Regierung diesen Willen von ihrem Standpunkt aus zu beeinflussen trachten. — In der weiteren Aussprache wurden Einzelvorschläge gemacht, darunter auch der, die Mütter als solche von Staats wegen auszuzeichnen und zu besolden.

Am Nachmittag beschäftigte sich die Tagung mit der Entgegennahme von Berichten über die